Erklärung im Rahmen der Eröffnung der FRA-Sitzung am 03.02.2021

Die CDU Ratsfraktion hat am 27.01.2021 eine Pressemeldung herausgegeben - mit der Überschrift „Die CDU tagt digital – intern und extern. Die CDU spricht nicht nur vom § 35a GO – sie handelt danach“ und mit folgender Angabe am Ende: „verantwortlich Gerd Kühl, Fraktionsvorsitzender“. Diese Pressemeldung der CDU ist z.B. im Holsteinischen Courier in dem Artikel „Das Mensaessen ist gesichert“ wiedergegeben („ . . . Kühl war in der Mitteilung SPD-Ausschussvorsitzende, speziell Andreas Kluckhuhn angegangen, weil diese Sitzungen in Präsenz angesetzt hatten . . .“).

In der Pressemeldung der CDU Ratsfraktion heißt es u.a.

„Daher ist es außerordentlich befremdlich, dass einige Ausschüsse auf Weisung der Ausschussvorsitzenden in Präsenz tagen wollen. Insbesondere der Vorsitzende des Finanz- und Rechnungsprüfungsausschusses Kluckhuhn (SPD) tritt auf die Bremse und stellt die Sitzung in digitaler Variante als nicht durchführbar dar. Außerdem wird das Vorliegen eines Falles höherer Gewalt (Corona) in Frage gestellt“.

In der Pressemeldung sind mit dem wiedergegebenen Textteil folgende Behauptungen mit Bezug zu meine Person enthalten:

1.

Ich hätte als Vorsitzender zur heutigen FRA-Sitzung als Präsenzsitzung eingeladen, obwohl die Einladung zu einer digitalen Sitzung (Sitzung in Form einer Videokonferenz) möglich gewesen wäre.

2.

Ich hätte eine digitale Sitzung als nicht durchführbar dargestellt.

3.

Ich hätte das Vorliegen eines Falles höherer Gewalt im Sinne des § 35a GO in Frage gestellt.

Diese Behauptungen der CDU-Ratsfraktion sind falsch.

Zur Behauptung 1:

Zur Zeit der fristgerechten Einladung zur heutigen Sitzung (23.01.) und auch zur Zeit der CDU-Pressemeldung (27.01.) war eine digitale Ausschuss-Sitzung aus Rechtsgründen nicht möglich. Denn erst ab 29.01., nämlich mit dem Inkrafttreten der geänderten Hauptsatzung ist eine digitale Ausschuss-Sitzung, d.h. eine Sitzung in Form einer Videokonferenz rechtlich möglich geworden.

Zur Behauptung 2:

Die von der CDU behauptete - offensichtlich unsinnige – Darstellung bzw. Äußerung gibt es von mir nicht.

Ich bin allein in Bezug auf die heutige FRA-Sitzung tätig geworden. Die CDU-Behauptung – zu einer angeblichen Äußerung von mir zur Nichtdurchführbarkeit von digitalen Ausschusssitzungen im Allgemeinen - ist völlig aus der Luft gegriffen.

Richtig ist allein folgendes:

Ich habe am 29.01. – erstmals ab diesem Tag sind digitale Ausschuss-Sitzungen rechtlich möglich – die Möglichkeit in Betracht gezogen, eine Teilnahme an der heutigen FRA-Sitzung in elektronischer Form zu ermöglichen (Videokonferenz als Hybridlösung). Deswegen habe ich an diesem Tag den Oberbürgermeister per Mail betreffend die heutige FRA-Sitzung angeschrieben und verschiedene Gesichtspunkte bezüglich dieser Möglichkeit abgefragt.

Eine der Fragen lautete:

3.

- a) Sind die organisatorischen und technischen Voraussetzungen für eine Erweiterung der FRA-Sitzung am 03.02. in der Stadthalle dahin, dass Ausschussmitglieder elektronisch teilnehmen können (Hybridlösung), hier insbesondere der videoteknische Teil und die Einbindung dieses Teils in die Präsenzsitzung – rechtssicher, vollständig und stabil – gegeben?
- b) Ist die notwendige Unterstützung und Hilfestellung für die Vorbereitung, für die Durchführung und Leitung sowie für die Protokollierung – rechtzeitig und zeitgerecht gegeben?

Mit Schreiben vom 01.02. hat der Oberbürgermeister differenziert auf die Fragen geantwortet und u.a. ausgeführt, dass die Verwaltung momentan mit Hochdruck an einer stabilen Videokonferenzlösung arbeite. Der Zeitplan sehe vor, dass der Hauptausschuss am 09.02. der erste Ausschuss sei, der mit dem System Webex tagen könne. Es werde die - für die FRA-Sitzung am 03.02. von mir - nachgefragten Papiere (= Handlungsleitfaden und organisatorische Regeln) nicht bis Dienstag-Vormittag (wie von mir für erforderlich gehalten) geben können. Wenn nicht alle Ausschussmitglieder über die notwendige Technik verfügten, erscheine es vor dem Hintergrund des kurzfristigen FRA-Termins unmöglich, die Teilnahme-Voraussetzungen für alle rechtzeitig zu schaffen. Im Ergebnis könne er eine Durchführung des FRA-Termins als Hybridlösung nicht empfehlen.

Auf die von mir nachgefragte notwendige Unterstützung und Hilfestellung seitens der Verwaltung für Vorbereitung, Durchführung, Leitung und Protokollierung der Sitzung als Videokonferenz in Hybridform ist der Oberbürgermeister in seinem Schreiben nicht eingegangen.

Daraufhin habe ich gestern gegen Mittag aufgrund der gegebenen Sachlage entschieden, dass die heutige FRA-Sitzung nicht auch als Videokonferenz (Hybridlösung) stattfinden soll und dass damit eine Teilnahme in elektronischer Form nicht möglich sein wird.

Begründung für diese Entscheidung ist, dass die organisatorischen und technischen Voraussetzungen für eine Durchführung der Sitzung des FRA am 03.02. in der Stadthalle als Videokonferenz in Form einer Hybridlösung – wie mit Schreiben vom 29.01. von mir nachgefragt und mit Schreiben des Oberbürgermeisters vom 01.02. beantwortet - nicht gegeben sind, jedenfalls nicht rechtzeitig vor der Sitzung festgestellt werden können. Letzteres gilt auch für die nachgefragte notwendige Unterstützung und Hilfestellung der Verwaltung für Vorbereitung, Durchführung, Leitung und Protokollierung der Sitzung als Videokonferenz in Hybridform.

Zur Behauptung 3:

Die von der CDU behauptete Infragestellung des Vorliegens eines Falles höherer Gewalt im Sinne des § 35a GO gibt es von mir nicht.

Die CDU-Behauptung ist aus der Luft gegriffen.

Im Übrigen verweise ich auf die Darstellung zur Behauptung 2.

Neumünster, den 03.02.2021

Andreas Kluckhuhn